

## **N i e d e r s c h r i f t**

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Kulturausschusses  
am 02.05.2012**

***öffentlich***

---

**Ort:** Oper Halle, Konzertfoyer  
Universitätsring 24,  
06108 Halle (Saale),

**Zeit:** 16:30 Uhr bis 19.18 Uhr

**Anwesenheit:** siehe Teilnehmerverzeichnis

### **Anwesend sind:**

Frau Dr. Annegret Bergner	Ausschussvorsitzende; CDU	
Herr Harald Bartl	parteilos	
Frau Dr. Ulrike Wünscher	CDU	Teilnahme ab 17.05 Uhr
Herr Dr. Erwin Bartsch	parteilos	
Herr Rudenz Schramm	parteilos	
Herr Robert Bonan	parteilos	
Herr Dr. med. Detlef Wend	SPD	Teilnahme ab 17.45 Uhr
Herr Dr. Hans-Dieter Wöllenweber	FDP	
Herr Dietrich Strech	MitBÜRGER für Halle	
Frau Dr. Inés Brock	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
Frau Elke Schwabe	SKE	
Herr Ronald Gruner	SKE	
Herr Dr. Frank Hirschinger	SKE	Teilnahme bis 19.00 Uhr
Herr Dr. habil. Günter Kraus	SKE	
Herr Erhard Preuk	SKE	
Herr Jürgen W. Schmidt	SKE	
Frau Dr. Ursula Wohlfeld	Verwaltung	
Herr Detlef Stallbaum	Verwaltung	
Frau Jutta Schmitz	Protokollführerin	

### **Entschuldigt fehlen:**

Frau Birgit Leibrich	parteilos
Herr Christian Kenkel	SKE
Herr Wolfgang Stauch	SKE
Herr Tobias Kogge	Beigeordneter

## zu Rundgang durch die Theaterwerkstätten

---

**Frau Dr. Bergner, Ausschussvorsitzende**, begrüßte die Anwesenden und übergab das Wort an **Herrn Scheffler, Leiter der Haus- und Betriebstechnik** der Oper Halle. Zunächst erläuterte er den Anwesenden vor Ort die anstehenden Baumaßnahmen an der Ostseite der Fassade. Anschließend wurden die Theaterwerkstätten besichtigt.

## zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

---

Die öffentliche Sitzung des Kulturausschusses wurde von **Frau Dr. Bergner, Ausschussvorsitzende**, eröffnet und geleitet.

Sie stellte die ordnungsgemäße Einladung sowie Beschlussfähigkeit fest.

## zu 2 Feststellung der Tagesordnung

---

**Frau Dr. Bergner, Ausschussvorsitzende**, merkte zur Tagesordnung an, dass TOP 3.2 abzusetzen ist, da die Niederschrift vom 04.04.2012 erst am heutigen Tag als Tischvorlage verteilt wurde.

**Frau Dr. Bergner** schlug vor, den TOP 4.2 vorzuziehen, da noch nicht alle zum TOP 4.1 eingeladenen Sachverständigen anwesend waren. Es gab keine Einwände dagegen.

Zum TOP 5.4 äußerte **Frau Dr. Bergner**, dass die Verfahrensweise direkte Verweisung aus dem Stadtrat ungewöhnlich sei, sie schlug jedoch vor, den TOP auf der Tagesordnung zu belassen. **Frau Dr. Wünscher, CDU-Fraktion**, meinte dazu, dass hierfür die Zuständigkeitsfrage noch zu klären ist. **Frau Dr. Bergner** bestätigte dies, sie war jedoch für eine Behandlung, um etwas zum Thema zu sagen. Damit waren die Ausschussmitglieder einverstanden.

Es gab keine weiteren Ergänzungen und Änderungswünsche zur Tagesordnung.

**Frau Dr. Bergner** bat um Abstimmung der geänderten Tagesordnung.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt**

Somit wurde folgende geänderte Tagesordnung festgestellt:

- . Rundgang durch die Theaterwerkstätten
- 1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
- 2. Feststellung der Tagesordnung
- 3. Genehmigung der Niederschrift
- 3.1. Genehmigung der Niederschrift vom 07.03.2012

- 3.2. Genehmigung der Niederschrift vom 04.04.2012 - *abgesetzt* -
4. Beschlussvorlagen
- 4.1. Kulturpolitische Leitlinien [Entwurf] - Anhörung zum Bereich Darstellende Kunst -;  
Eingeladene Sachverständige: neues theater: Herr Brenner, Puppentheater: Herr Werner,  
Thalia Theater: Frau Hahn; Vorlage: V/2010/09153
- 4.2. Erneuerung der Gebührensatzung des Stadtarchivs Halle (Saale); Vorlage: V/2012/10560
5. Anträge von Fraktionen und Stadträten
- 5.1. Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zum Eintritt der  
Stadtbibliothek in den Verbund der Online-Bibliothek Sachsen-Anhalt  
Vorlage: V/2012/10461
- 5.2. Antrag des Stadtrates Robert Bonan (SPD-Stadtratsfraktion) zum barrierefreien Zugang  
zum Göbelbrunnen; Vorlage: V/2012/10421
- 5.3. Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur Prüfung von  
Anreizsystemen für bürgerschaftliches Engagement; Vorlage: V/2012/10539
- 5.4. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Zukunft des Thalia Theaters Halle  
Vorlage: V/2012/10612
6. schriftliche Anfragen von Stadträten
7. Mitteilungen
- 7.1. Information zur geplanten Gedenktafel für Prof. Dr. Hermann Goltz
8. Beantwortung von mündlichen Anfragen
9. Anregungen

### **zu 3 Genehmigung der Niederschrift**

---

#### **zu 3.1 Genehmigung der Niederschrift vom 07.03.2012**

---

Es gab keine Einwände gegen die Niederschrift der öffentlichen Sitzung des  
Kulturausschusses vom 07.03.2012.

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig zugestimmt  
1 Enthaltung

### **zu 4 Beschlussvorlagen**

---

**zu 4.1 Kulturpolitische Leitlinien [Entwurf] - Anhörung zum Bereich Darstellende Kunst -; Eingeladene Sachverständige: neues theater: Herr Brenner, Puppentheater: Herr Werner, Thalia Theater: Frau Hahn  
Vorlage: V/2010/09153**

---

**Frau Hahn, Intendantin des Thalia Theaters**, bedankte sich für die Einladung. Sie schickte voran, zu folgenden Themen sprechen zu wollen: aktuelle Situation des Thalia Theaters, Bemerkungen zum Entwurf der Leitlinien, Anmerkungen zum kulturellen Umgang miteinander.

**Frau Dr. Bergner, Ausschussvorsitzende**, bat darum, dass es vor allem um die Leitlinien gehen soll. **Frau Dr. Brock, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**, sagte, in den Leitlinien geht es aber auch um das Theater.

**Frau Hahn** ging zunächst auf die Leitlinien ein. Ihrem Eindruck nach liegt der Hauptschwerpunkt auf der Bewahrung traditioneller Formen und dessen, was die Stadt ausmacht. Sie meinte, der Entwurf liest sich kompliziert. Die Lust auf Kultur wird ihrer Meinung nach nicht rübergebracht.

Die Bezeichnung Bundeskulturstiftung ist falsch, die korrekte Bezeichnung lautet Kulturstiftung des Bundes. Sie zweifelte an, dass Schlagwörter wie „Singende Kinder sind ein wesentlicher Garant der mitteldeutschen Musikkultur“ der Stadt gut tun.

Zu den Händel-Festspielen sagte sie, es wäre wünschenswert, dass sich diese zu einem exorbitanten Festival entwickeln. Dazu müsste viel Geld investiert werden.

Das vorliegende Strategiepapier ist für sie nur kurz- bis mittelfristig, jedoch nicht zukunftsorientiert.

Aus der Sicht einer von diesem Strategiepapier betroffenen Einrichtung bedauerte sie, dass es zukünftig kein Kinder- und Jugendtheater mehr in Halle geben wird. Sie hat den Eindruck, dass das Theater stückchenweise abgeschafft wird. Dieses ist ihrer Meinung nach kein kulturvoller Umgang und schadet dem Ruf der Stadt. Sie empfindet auch den Umgang mit den Künstlern als wenig kulturvoll.

**Frau Hahn** erläuterte, sie akzeptiert den Entschluss zur Schließung, ihre Kritik betrifft vor allem die Art und Weise des Verfahrens. Sie möchte gegen die Einschränkungen, mit denen das Theater momentan belegt wird, protestieren, dieses ist ihrer Meinung nach kein kulturvoller Umgang.

Zu den Leitlinien bemerkte sie, dass es wichtig wäre, auf mögliche Beziehungen der Kultureinrichtungen untereinander einzugehen, auch in Bezug auf ein Zukunftsmodell. Sie beklagte das schlechte Image der Kultur in der Stadt.

**Frau Dr. Bergner**: sie kann Letzteres nicht nachvollziehen, findet die Perspektiven von Frau Hahn jedoch interessant.

**Frau Dr. Brock** richtete an Frau Hahn die Frage, welche Vorstellungen sie vom Sprechtheater in Halle hat, auch im Hinblick auf die Profilierung als Kulturhauptstadt. **Frau Hahn** antwortete, sie sieht momentan folgende Tendenzen: einmal, das Theater so prominent wie möglich zu machen und andererseits, sich so gut wie möglich zu unterhalten. Dieses trifft nicht ihre Vorstellung. Sie ist der Meinung, das Theater muss auch einen Spiegel vorhalten.

**Herr Gruner, SKE**: der Kulturausschuss ist das falsche Forum, da dieser keine Entscheidungsbefugnis hat. **Frau Hahn** widersprach dem, die Leitlinien enthalten auch geplante strukturelle Veränderungen.

**Frau Dr. Wohlfeld, Kulturreferentin**, erklärte, sie versteht die Emotionen von Frau Hahn. Aber seit der Gründung der GmbH im Jahr 2008 hat sich das Budget von 36 auf 32,6 Mio € verringert. Der Entwurf der Leitlinien ist vom Herbst 2010, damals waren bereits weitere notwendige Sparmaßnahmen absehbar. Zusätzliche Mittel für die TOO bedeuten Einsparungen an anderer Stelle.

**Herr Bartl, CDU-Fraktion**, fragte, ob es gemeinsame Vorstellungen der Sprechtheater zu den Leitlinien gibt. **Frau Hahn** berichtete, dass Herr Brenner versucht hat, eine solche Idee zu entwickeln, in einer anderen Situation wäre eine gemeinsame Ausarbeitung sicher möglich gewesen, jedoch wirkt sich die seit 2008 drohende Schließung hinderlich aus.

**Herr Bartl** meinte, man muss jetzt nach vorn schauen und sich Gedanken machen.

**Frau Dr. Brock** berichtete, sie war bei der Walpurgisnacht auf der Burg Giebichenstein, welche vom Thalia Theater veranstaltet wurde. Sie fragte, ob es evtl. möglich oder sinnvoll wäre, sich auf Außenprojekte zu konzentrieren. **Frau Hahn** antwortete, dass es auch früher schon solche Veranstaltungen gab. Momentan mangelt es an der flexiblen Logistik und einer festen Basis.

**Frau Dr. Wünscher, CDU-Fraktion**, wies die Unterstellung zurück, dass seit 2008 geplant ist, das Thalia Theater zu schließen. Sie bestätigte, dass der Kulturausschuss nicht das Podium für solche Diskussionen sei. Sie machte deutlich, dass es nur um die Schließung der Spielstätte geht, Ensemble, Personal und Intendanz bleiben und fragte, warum die Kulturinsel nicht Basislager für das Thalia sein könnte.

Ihrer Meinung nach ist bei der Frage nach Konzeptionen die Schmerzgrenze erreicht, die TOO GmbH ist stark unterfinanziert, man muss über Konzentrationen nachdenken.

**Frau Dr. Bergner** bemerkte, dass diese Diskussionen noch bevorstehen. Sie bedankte sich bei Frau Hahn.

---

**Herr Brenner, Intendant des neuen theaters**, sagte, er ist relativ neu in Halle, wenn er Gäste hat, loben diese die tollen kulturellen Angebote. Für sein Theater ist Montag der beste Tag, Samstag der ungünstigste aufgrund der Veranstaltungsfülle am Wochenende. Er begrüßt in den Leitlinien die Schwerpunktsetzung auf Händel, erhofft sich eine gute Entwicklung und dass die Gäste sich auch für die anderen Einrichtungen interessieren. Auch sein Ensemble ist von der Problematik Thalia Theater betroffen.

In der ersten Spielzeit seiner Intendanz war er bestrebt, Angebote nach vielen Seiten zu machen, daher glich der Spielplan einem „Gemischtwarenladen“. Ein wichtiger Faktor ist jedoch das Alleinstellungsmerkmal des Gebäudekomplexes Kulturinsel.

Zu den Leitlinien schlug er vor, über ein Schauspiel im multiplen Bereich nachzudenken. Ihm ist die schwierige wirtschaftliche Entwicklung bewusst. Bezogen auf sein Theater erläuterte er, dass die Bezahlung der Schauspieler im unteren Mittelfeld liegt. Die Gagen bei Film und Fernsehen sind viel höher, hier sind Theaterschauspieler jedoch aufgrund mangelnder Planbarkeit wenig gefragt. Eine Kooperation zwischen Filmwirtschaft und Theater sollte untersucht werden.

Die erstmalige Thekennacht hat gezeigt, dass solche Angebote gefragt sind und auch von den Gastronomen gewünscht werden.

**Frau Dr. Brock** fragte, ob es Ideen zu einem mittelfristigen Konzept gibt. **Herr Brenner** meinte, dieses braucht noch Zeit. Ein Outsourcen in den öffentlichen Raum ist seiner Meinung nach nicht möglich. Es ist zu überlegen, dass ein 15köpfiges Ensemble Kinder- und Jugendtheater evtl. nicht mehr leistbar ist. Er ist dagegen, Kindertheater und Jugendtheater zu vermengen und sich nur noch auf das Weihnachtsprogramm zu reduzieren. Der Bildungsauftrag der kreativen Arbeit mit Kindern bleibt bestehen. Er glaubt an eine

Kooperationsfähigkeit von Kinder- und Jugendtheater und Theater für Erwachsene und er wird dieses auch beweisen.

**Frau Dr. Bergner** wies auf den Anspruch der Stadt auf die Durchsetzung des Bildungsauftrages hin.

**Herr Dr. Bartsch, Fraktion DIE LINKE.**, fragte Herrn Brenner, ob er die Leitlinien überhaupt braucht. **Herr Brenner** antwortete, durch die Leitlinien können Ziele überprüfbar gemacht werden. Es sei für ihn fraglich, ob er die Leitlinien braucht, die Stadt brauche sie aber schon.

---

**Herr Werner, Intendant des Puppentheaters**, bedankte sich für die Einladung. Er hat den Eindruck, die Leitlinien sind mit Augenmaß und mit viel Sinn für das Machbare geschrieben. Er wünscht sich jedoch ein mutigeres Auftreten und ein Aufzeigen dessen, was unbedingt bleiben sollte. Mit Blick auf stagnierende Landeszuschüsse müsse nachgedacht werden, ob Halle den Anspruch Kulturhauptstadt Sachsen-Anhalts weiter beanspruchen will. Aufgrund sinkender Einwohnerzahlen erscheint die Hoffnung auf Erhöhung der Zuschauerzahlen wenig sinnvoll.

Zu den Händel Festspielen sagte er, dass in den Leitlinien deutlicher gemacht werden müsste, ob die Ausstrahlung mehr national oder international sein soll.

Er stellte fest, dass das Puppentheater in den Leitlinien zwar repräsentiert ist, jedoch nur in einem Nebensatz. Er ist erfreut, dass das Theater im Zusammenhang mit Gastspieltätigkeit beispielgebend erwähnt wird, vermisst jedoch weitere Benennungen: das Puppentheater als Alleinstellungsmerkmal für Kultur in Halle, als Theater auch für Erwachsene mit vielen Preisen und deutschlandweiten Fernsehausstrahlungen, die Kooperation mit Festivals, z.B. den Wiener Festwochen. Er würde sich wünschen, dass solche Besonderheiten des Puppentheaters in den Leitlinien herausgearbeitet werden.

**Frau Dr. Brock** fragte nach der beabsichtigten Ausstrahlung des Puppentheaters. **Herr Werner** sagte, er fühlt sich als Teil der TOO GmbH, wird ernst genommen und ist auch recht gut ausgestattet. Er erwartet nicht, dass er von Entscheidungen zur GmbH ausgeschlossen wird.

**Herr Dr. Kraus, SKE**, wies auf die Inszenierung von Ragna Schirmer und deren großen Strahlkraft hin.

**Herr Dr. Bartsch** fragte Herrn Werner, ob er sich ein Herausstellen der Spezifik des Theaters in den Leitlinien wünscht. **Herr Werner** bejahte dies.

**Frau Schwabe, SKE**, machte deutlich, dass Halle ein Puppentheater auf hohem Niveau braucht, dieses beweist das Theater. Sie fragte nach dem Anteil der Inszenierungen für Erwachsene. **Herr Werner**: ein Drittel für Kinder, zwei Drittel für Erwachsene.

**Herr Dr. Wend, SPD-Fraktion**, sagte, er findet die Idee des Nachdenkens über Minimalforderungen in den Grundstrukturen gut. Er fragte, ob das Kinder- und Jugendtheater eine eigene Spielstätte braucht. **Herr Werner** bestätigte dies, es wäre aber eine Frage, ob dazu ein eigenes Haus notwendig ist. Dazu wird er sich nicht äußern. Er wünscht sich, dass die Entwicklungen rechtzeitig, fair und gerecht über die Bühne gehen. Er brachte zum Ausdruck, dass er den Zorn und die Verbitterung von Frau Hahn verstehen kann und bat darum, ihre großen Verdienste zu berücksichtigen.

**Frau Dr. Brock** äußerte, dass es wichtig ist, perspektivisch Kultur zu erhalten. Evtl. wären Einsparungen bei den Sachkosten möglich. **Herr Werner** antwortete, dass er das nicht weiß. Ein Puppentheater ist sicher kostengünstiger als ein anderes Theater, bei einem internationalen Anspruchsniveau ist jedoch auch hier Geld notwendig.

**Frau Schwabe** fragte nach Synergien bei den Zuschauern auf der Kulturinsel. **Herr Werner:** Die Zuschauer bleiben bei ihren bevorzugten Theaterformen. Eine Ausnahme war das Ragna-Schirmer-Projekt. Er glaubt aber nicht, das Musiktheaterpublikum anlocken zu können.

**Frau Dr. Bergner** bedankte sich bei allen drei Intendanten.

---

**Herr Dr. Hirschinger, SKE**, äußerte, er hätte jetzt gern eine überarbeitete Fassung der Leitlinien. **Frau Dr. Wohlfeld** sagte, die Überarbeitung ist in Arbeit.

**Frau Dr. Brock** fragte auch nach einem inoffiziellen Zwischenpapier, vieles in den Anhörungen würde sich wiederholen, wo man sich bereits auf Umformulierungen geeinigt hat. **Frau Dr. Bergner** sah es als schwierig an, jetzt auf der Grundlage eines geänderten Papiers weiterzuarbeiten. **Herr Stallbaum, Leiter Kulturbüro**, wies darauf hin, dass es sich um ein von der Verwaltung erarbeitetes Konzept handelt, eine Überarbeitung wäre auch nur nach Abstimmung innerhalb der Verwaltung und in Form einer Vorlage möglich.

**Abstimmungsergebnis:** beraten

**Beschlussvorschlag:**

1. Der Entwurf der kulturpolitischen Leitlinien wird als Grundlage der öffentlichen Diskussion einem Arbeitsgremium bestehend aus Stadträten, Kultur- und Kunstschaffenden, Kulturvermittlern sowie Vertretern der halleschen Bürgerschaft übergeben.
2. Nach Abschluss der öffentlichen Diskussion und Auswertung der Ergebnisse werden die erarbeiteten Leitlinien dem Stadtrat zur Beschlussfassung vorgelegt.

**zu 4.2 Erneuerung der Gebührensatzung des Stadtarchivs Halle (Saale)  
Vorlage: V/2012/10560**

---

**Frau Dr. Bergner, Ausschussvorsitzende**, bat **Herrn Jacob, Leiter des Stadtarchivs**, um einleitende Worte. **Herr Jacob** erläuterte, dass die bisherige Gebührensatzung aus dem Jahr 2006 stammt. Zwischenzeitlich haben sich neue Gebührentatbestände, wie z.B. Führungen und Einmietungen ergeben. Das Entgelt für diese Leistungen wurde bisher auf Verhandlungsbasis und ohne Richtlinie erhoben. In der jetzigen Kalkulation wurde auf einen möglichst hohen Kostendeckungsgrad geachtet, wobei der 50%ige Rabatt für Kinder und Jugendliche beibehalten wurde. Das Ziel war eine klarere, auch für den Besucher nachvollziehbare Satzung.

**Frau Schwabe, SKE**, fragte, welche Personenkreise von der Nutzung ausgeschlossen sind. **Herr Jacob** antwortete, dass nach den von der Stadt festgelegten Grundsätzen nicht an extreme Gruppierungen vermietet wird.

**Herr Dr. Wöllenweber, FDP-Fraktion**, wollte in Bezug auf die extreme Steigerung der Preise für Reproduktionen wissen, ob so etwas überhaupt genutzt wird. **Herr Jacob** antwortete, dass es deutschlandweite und internationale Nutzungsanfragen gibt. Das Archiv hat Originale von problematischen Persönlichkeiten im Bestand.

**Herr Dr. Bartsch, Fraktion DIE LINKE.**, fragte zum §4, wer Entscheidungen über Ermäßigungen und Gebührenbefreiungen trifft. **Herr Jacob** legte dar, dieses ergibt sich aus



der Archivsatzung. Oftmals wird Amtshilfe ohne Gebühren geleistet. Sobald jedoch Gerichte im Auftrag Dritter handeln, werden auch Gebühren erhoben.

**Herr Dr. Bartsch** wollte weiter wissen, wie sich Privatpersonen, die für wissenschaftliche Zwecke arbeiten, legitimieren können. **Herr Jacob** führte hier Studenten an, die im Auftrag einer Hochschule arbeiten. Beim Erkennen von extremem politischem Interesse wird aber auch die Nutzung verwehrt.

**Herr Schmidt, SKE**, fragte nach dem Umgang mit Journalisten. **Herr Jacob** erläuterte, dass hier ein freier Informationszugang gewährt wird, bei Reproduktionen werden aber Gebühren erhoben.

**Herr Dr. Bartsch** wollte wissen, warum Kopien vergleichsweise teuer sind, normal ist dieses doch nicht der Fall. **Herr Jacob** erläuterte, es ist nicht vergleichbar mit einem Copieshop. In letzter Zeit ist eine Digitalisierung von Dokumenten möglich. Dabei werden die Originale weniger beansprucht als beim Kopieren. Desweiteren ist der Datenschutz zu beachten, beispielsweise beim Kopieren aus Geburtenbüchern. Neben der Zeitkalkulation spielt hier der Schutzfaktor des Originals für kommende Generationen eine Rolle.

**Frau Dr. Brock, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**, fragte, ob es bei Einmietungen preisliche Abstufungen bei gemeinnützigen Trägern gibt. **Herr Jacob** antwortete, dass die Preise nach dem Aufwand berechnet wurden. Dieser ist immer gleich, daher gibt es keine Differenzierungen.

Es wurden keine weiteren Fragen gestellt.

**Abstimmungsergebnis:** **einstimmig zugestimmt**  
9 Ja-Stimmen  
0 Nein-Stimmen  
0 Enthaltungen

**Beschlussvorschlag:** Der Stadtrat beschließt die neue Gebührensatzung des Stadtarchivs der Stadt Halle (Saale) zum 01.07.2012.

## **zu 5 Anträge von Fraktionen und Stadträten**

---

### **zu 5.1 Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zum Eintritt der Stadtbibliothek in den Verbund der Online-Bibliothek Sachsen-Anhalt Vorlage: V/2012/10461**

---

**Herr Dr. Wöllenweber, FDP-Fraktion**, äußerte sich überrascht über die für ihn vernünftigen Intensionen, einziger Ablehnungsgrund sind die Finanzen. Er schlug vor, abzuwarten, bis der Haushalt bestätigt ist, um dann nochmals zu beraten. Er würde aber grundsätzlich zustimmen.

**Frau Dr. Brock, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**, fragte, ob dieses Sinn macht. **Frau Dr. Labenz, Leiterin der Stadtbibliothek**, sagte, sie hat eine mündliche Aussage, dass die Fördermittel noch in diesem Jahr kommen, eine schriftliche Zusage des Landes liegt noch nicht vor. Problematisch ist, dass der Vertrag eine Laufzeit von drei Jahren hat.

**Frau Dr. Bergner, Ausschussvorsitzende**, meinte, dass die Laufzeit sicher damit zusammenhängt, dass der Einstiegspreis so hoch ist und die Landesförderung 90% beträgt.

**Frau Dr. Bergner** schlug vor, in einen Beschluss den Vorbehalt der Haushaltsbestätigung mit aufzunehmen. **Frau Dr. Brock** äußerte, dass das auch nichts bringt. **Frau Dr. Bergner** fragte Herrn Strech, ob der den Antrag aufrecht erhält. **Herr Strech, Fraktion MitBÜRGER für Halle**, bestätigte dies.

**Herr Dr. Wend, SPD-Fraktion**, fragte Frau Dr. Labenz, ob sie für einen Eintritt in den Verbund ist. **Frau Dr. Labenz** verwies auf die Stellungnahme der Verwaltung. Grundsätzlich wäre eine Mitgliedschaft im Online-Verbund wünschenswert, eine Bibliothek hat die Pflicht zur Weiterentwicklung. Dieses gehört zu einer modernen Bildungseinrichtung. Deswegen hat das Land das Förderprogramm eingerichtet.

**Frau Dr. Wohlfeld, Kulturreferentin**, stellte fest, dass die Stellungnahme der Verwaltung weniger inhaltlich begründet, sondern aus rein fiskalischen Gründen so erfolgte.

**Frau Dr. Labenz** sagte, dass es auch 2011 nichts Schriftliches dazu gab, für 2013 steht auch noch nichts fest.

**Frau Dr. Bergner** stellte fest, dass hier unabhängig von den Finanzen zum Inhalt des Antrages zu entscheiden sei und bat um Abstimmung.

**Abstimmungsergebnis:**

**einstimmig zugestimmt**

10 Ja-Stimmen

0 Nein-Stimmen

0 Enthaltungen

**Beschlussvorschlag:**

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, die Mitgliedschaft des Verbundes der Online-Bibliothek Sachsen-Anhalt zu beantragen, um die Stadtbibliothek in diesen Verbund zu integrieren.

**zu 5.2 Antrag des Stadtrates Robert Bonan (SPD-Stadtratsfraktion) zum barrierefreien Zugang zum Göbelbrunnen  
Vorlage: V/2012/10421**

---

**Frau Dr. Bergner, Ausschussvorsitzende**, sagte, dass der Antrag auch in den Planungsausschuss verwiesen wurde.

**Herr Bonan, SPD-Fraktion**, erläuterte die Motivation des Antrages wie folgt: er hatte an einem Behindertenforum mit einer Diskussion zu Kunstwerken in Halle teilgenommen, dort wurde beklagt, dass der Göbelbrunnen nicht von Rollstuhlfahrern befahrbar ist. Die Figuren können aus drei Metern Abstand nicht richtig wahrgenommen werden. Er war der Meinung, dass eine Anhebung des Pflasters an der niedrigsten Stelle mit einfachen Mitteln möglich ist und verwies auf das technische Rathaus, wo auch das Pflaster angehoben wurde. Jetzt gab es jedoch Forderungen nach einem Handlauf, was doch mit Aufwand verbunden ist. Er hat mit Herrn Prof. Göbel gesprochen. Dieser ist gegen einen Handlauf, aber nicht gegen eine Rampe. Grundsätzlich ist Herr Prof. Göbel gesprächsbereit.

**Frau Dr. Brock, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**, berichtete, in ihrer Fraktion wurde dazu auch diskutiert. Im Mai gibt es im Stadtrat allgemein eine Information zur Prioritätensetzung in Bezug auf Barrierefreiheit. Sie schlug vor, bis dahin mit einer Abstimmung zum Göbelbrunnen zu warten.

**Frau Dr. Wünscher, CDU-Fraktion**, stellte klar, es sollte ein schriftliches Statement von Herrn Prof. Göbel eingeholt werden, dieses liegt nicht vor.

**Herr Bonan** sagte, er würde den Antrag auch zurückziehen, wenn der Aufwand zu groß wird.

**Herr Dr. Wend, SPD-Fraktion**, bat darum, die Sache nicht zu verkomplizieren und Herrn Prof. Göbel um eine kurze schriftliche Einschätzung zu bitten.

**Herr Schramm, Fraktion DIE LINKE.**, äußerte, er hält es bedenklich, wenn einer Personengruppe der Zugang zum Brunnen verwehrt wird. Er ist für eine unbürokratische Lösung.

**Herr Heinz, Leiter des Straßen- und Tiefbauamtes**, sagte, aus juristischer Sicht hat Herr Prof. Göbel die Urheberrechte. Eine Anrampung würde ca. 5.000 € kosten. Eine Stellungnahme von Sicherheitsbeauftragten geht davon aus, dass Rollstuhlfahrer auch für sich selbst verantwortlich sind. Er hätte aber schon Bedenken, Behinderte auf die enge Stelle zu lassen. Bei 20 bis 30 cm Höhe ist die Sturz- und Verletzungsgefahr sehr hoch.

**Abstimmungsergebnis:** **mit Patt abgelehnt**  
3 Ja-Stimmen  
3 Nein-Stimmen  
3 Enthaltungen

**Beschlussvorschlag:** Der Zugang zum Göbelbrunnen für Rollstuhlfahrer wird realisiert.

### **zu 5.3 Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur Prüfung von Anreizsystemen für bürgerschaftliches Engagement Vorlage: V/2012/10539**

---

**Herr Strech, Fraktion MitBÜRGER für Halle**, erläuterte, Ziel des Antrages ist nicht die Schaffung eines neuen Systems wie Ehrenbecher.

**Frau Dr. Bergner, Ausschussvorsitzende**, fragte, ob es so gemeint ist wie „Der Esel auf Rosen“. **Herr Strech** verneinte, die Form sei völlig offen. Es geht darum, persönliche Initiativen und Einsatz im Sinne unserer Stadt zu bestärken.

**Frau Dr. Wünscher, CDU-Fraktion**, äußerte, sie kann mit diesem Antrag nichts anfangen und empfindet es als bürokratisches Monstrum.

**Herr Dr. Bartsch, Fraktion DIE LINKE.**, meinte, er hätte sich von der Stadt Vorschläge erhofft, wie sich Bürger mehr engagieren können.

**Herr Dr. Wend, SPD-Fraktion**, erklärte, er findet die Idee des Antrages nicht verkehrt. Viele Bürger engagieren sich bereits, sie würden sich auch einmal über eine kleine Anerkennung freuen.

**Herr Schramm, Fraktion DIE LINKE.**, sagte, er ist grundsätzlich auch dafür, man könne damit aber nicht die Verwaltung beauftragen.

**Frau Dr. Brock, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**, schlug vor, den Antrag zurückzustellen, in dem Sinne, dass nicht die Verwaltung Vorschläge machen soll.

**Frau Dr. Bergner**, meinte, dass die Stadt schon vieles unterstützt.

**Herr Strech** zog den Antrag zurück.

**Abstimmungsergebnis:** zurückgezogen

**Beschlussvorschlag:**

Die Stadtverwaltung wird beauftragt zu prüfen,

an welchen Stellen Bürgerinnen und Bürger der Stadt Halle noch mehr für die Stadt tun können. Es sollen Anreizsysteme aufgezeigt und geprüft werden, die für bürgerschaftliches Engagement stärker sensibilisieren und es fördern könnte. Ziel ist es, bestehende Möglichkeiten für bürgerliches Engagement aus der Perspektive der Verwaltung abzubilden.

**zu 5.4 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Zukunft des Thalia Theaters Halle  
Vorlage: V/2012/10612**

---

**Herr Bartl, CDU-Fraktion**, äußerte, er ahnt, es gibt keinen Erkenntniszuwachs. Er stellte den Geschäftsordnungsantrag auf Nichtzuständigkeit des Kulturausschusses. Eine Diskussion wäre nur Zeitverschwendung.

**Frau Dr. Brock, FRAKTION BÜNDNIS 90/DIEGRÜNEN**, verwies auf das Erstrederecht des Antragstellers. Zum Inhalt sagte sie, dass der Antrag bewusst so im Sinne einer bürgerschaftlich mitgestalteten Meinungsbildung formuliert wurde. Danach sollen vor Abstimmung des Wirtschaftsplanes im Stadtrat keine Fakten zur Schließung des Thalia Theaters geschaffen werden.

In Bezug auf den Antrag auf Nichtzuständigkeit sagte sie, dass sie es für nicht sachgerecht empfindet, wenn sich ein kulturpolitisches Gremium einer Stellungnahme entzieht.

**Frau Dr. Bergner, Ausschussvorsitzende**, bat um Abstimmung über den Geschäftsordnungsantrag auf Nichtzuständigkeit.

**Abstimmungsergebnis:** nicht zuständig  
5 Ja-Stimmen  
4 Nein-Stimmen  
1 Enthaltung

**Beschlussvorschlag:**

1. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, dem Stadtrat mit Vorlage des Wirtschaftsplans der Theater, Oper und Orchester GmbH Halle 2012/2013 für das Geschäftsjahr vom 01.08.2012 bis zum 31.07.2013 neben der Variante einer Schließung der Spielstätte des Thalia Theaters auch Alternativvorschläge für die Deckung von prognostizierten Mehrausgaben infolge von Tarifierhöhungen zur Beschlussfassung vorzulegen und dabei darzustellen, welche finanziellen und konzeptionellen Auswirkungen mit den einzelnen Varianten jeweils verbunden sind.
2. Der Stadtrat weist die Oberbürgermeisterin als Vertreterin des Gesellschafters Stadt Halle (Saale) in der Gesellschafterversammlung der Theater, Oper und Orchester

GmbH Halle an, den Geschäftsführer des städtischen Unternehmens anzuweisen, bis zur Beschlussfassung des Stadtrates zum Wirtschaftsplan 2012/2013 keine vorbereitenden Maßnahmen zur Schließung der Spielstätte des Thalia Theaters, Kardinal-Albrecht-Straße 6, durchzuführen.

3. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, für die Theater, Oper und Orchester GmbH Halle Entwicklungsszenarien für den Zeitraum bis zum Jahr 2017 sowie deren künstlerische, organisatorische und finanzielle Konsequenzen prüfen zu lassen und dem Stadtrat die Handlungsoptionen bis zum Juli 2012 vorzulegen.

**Frau Dr. Brock** äußerte sich enttäuscht über das Abstimmungsergebnis.

**Herr Dr. Wend, SPD-Fraktion**, bestätigte, dass niemand über die Situation glücklich ist, es wäre schon ein „Wegdrücken“ des Problems.

**Herr Dr. Wöllenweber, FDP-Fraktion**, sagte, der Wirtschaftsplan der TOO GmbH liegt demnächst vor, fest steht, ein Weitermachen wie bisher sei nicht möglich. Der Wirtschaftsplan wird in seinen Anhängen Konzepte und Zukunftspläne enthalten.

**Frau Dr. Bergner** äußerte, sie hat großen Respekt vor Denjenigen, die die Konzepte erarbeiten.

**Herr Bartl** stellte klar, der Antrag auf Nichtzuständigkeit hat nichts mit Feigheit zu tun. Die Positionen sind klar, ein ständiges Wiederholen hätte wenig Effizienz. **Frau Dr. Brock** entgegnete, es geht um Perspektiven.

**Frau Dr. Bergner** meinte, man kann Frau Oberbürgermeisterin das Abstimmungsverhalten im Aufsichtsrat nicht vorschreiben.

## **zu 6 schriftliche Anfragen von Stadträten**

---

Es lagen keine schriftlichen Anfragen von Stadträten vor.

## **zu 7 Mitteilungen**

---

### **zu 7.1 Information zur geplanten Gedenktafel für Prof. Dr. Hermann Goltz**

---

**Herr Stallbaum, Leiter Kulturbüro**, berichtete über ein Gespräch mit Frau Prof. Drost-Abgarjan zu einer Gedenktafel für Herrn Prof. Goltz. Es gibt Vorstellungen, die Tafel in den Franckeschen Stiftungen anzubringen, wo genau, ist noch mit Herrn Dr. Müller-Bahlke zu klären.

Eine entsprechende Beschlussvorlage wird für die Sitzung im Juli erarbeitet. Die Tafel soll noch vor Dezember, dem zweiten Todestag von Prof. Goltz, angebracht werden.

Die Mitteilung wurde zur Kenntnis genommen.

---

**Herr Stallbaum** informierte weiter über das kurzfristige Angebot einer Führung durch die Ausstellung „Schriftkunst und Bildzauber“ (Ausstellung zum 500. Jubiläum des Armenischen Buchdruckes) durch die Kuratorin der Ausstellung, Frau Prof. Drost-Abgarjan (MESROP Zentrum für armenische Studien): Donnerstag, 10.5., um 17.00 Uhr, im Kunstforum Halle Er bat um Anmeldungen. Es sind auch Führungen für die Fraktionen möglich.

Die Mitteilung wurde zur Kenntnis genommen.

---

Es gab keine weiteren Mitteilungen.

## **zu 8 Beantwortung von mündlichen Anfragen**

---

Es gab keine mündlichen Anfragen.

## **zu 9 Anregungen**

---

**Frau Dr. Bergner, Ausschussvorsitzende**, schlug vor, die kommende Sitzung am 06.06.2012, aufgrund von Veranstaltungen im Rahmen der Händel Festspiele zeitlich auf spätestens 19 Uhr zu begrenzen.

Sie hatte überlegt, den Antrag der Fraktion zu Händels Open und zum Salzfest evtl. auf Juli zu verschieben, man sollte doch die Veranstalter anhören. Dieses wäre während der Händelfestspiele sicher ungünstig **Herr Dr. Wöllenweber, FDP-Fraktion**, sagte, eine Anhörung des Veranstalters ist sicher möglich, aber nicht nötig es geht jedoch mehr um eine Prüfung des Vertrages. Er sieht keine Notwendigkeit der Einladung von Herrn Birnbaum.

---

**Herr Stallbaum, Leiter Kulturbüro**, informierte, dass es in der nächsten Sitzung eine Mitteilung zum Projekt Freiluftgalerie geben wird. Dazu wurde vom Dezernat Bauen und Planen eine Information erarbeitet. Auf die Frage, ob die Veranstalter des Projektes eingeladen werden sollen, einigte man sich, dass vorerst eine Information reicht.

---

**Herr Schramm, Fraktion DIE LINKE.**,

mahnte an, den Fragen zum Thalia Theater Rechnung zu tragen. Es sollte nicht in Fragen des Aufsichtsrates eingegriffen werden. Wichtig ist für ihn die Zusammenführung von zwei Ensembles auf der Kulturinsel und er hätte gern die Meinung von Herrn Stiska dazu gehört. Er hält es für legitim, entsprechende Informationen zu erhalten.

**Frau Dr. Bergner** meinte, man kann Herrn Stiska in der nächsten Sitzung dazu befragen.

---

**Frau Dr. Brock** erinnerte an die Festlegung eines Termins für eine Klausur zu den Kulturleitlinien.

**Herr Dr. Wöllenweber** sprach sich dafür aus, erst nach Vorlage der überarbeiteten Leitlinien in Klausur zu gehen.

**Frau Dr. Bergner** sagte, dieses müsste dann in den Ausschuss eingebracht werden.

**Herr Dr. Wöllenweber** fragte nach den Experten, er wäre dafür, mit ihnen zusammen zu arbeiten. **Frau Dr. Wohlfeld** meinte, das war so nicht vereinbart. Die Experten erhalten alle

notwendigen Informationen. **Herr Stallbaum** ergänzte, dass es vor der Erarbeitung einer neuen Vorlage Abstimmungen mit den Experten gibt.

**Frau Dr. Brock:** nach ihrer Auffassung sollte die Klausur dann nach Beendigung der Anhörungen stattfinden.

---

Es gab keine weiteren Anregungen.

**Frau Dr. Bergner** beendete die öffentliche Sitzung des Kulturausschusses.

Für die Richtigkeit:

Datum: 07.06.12

---

Jutta Schmitz  
Protokollführerin

---

Dr. Annegret Bergner  
Vorsitzende Kulturausschuss